

# Westmächte fordern Garantie

## Herter eröffnete die zweite Konferenz-Phase in Genf

Genf (upi/ap/dpa). Mit einer Rekordsitzung von fast vier Stunden hat die zweite Phase der Genfer Außenministerkonferenz begonnen. Im Namen der Westmächte forderte der amerikanische Außenminister Herter von der Sowjetunion eine schriftliche Garantie, daß sie ihre Drohungen gegen Westberlin einstellt. Der sowjetische Außenminister Gromyko wiederholte demgegenüber seinen Berlin-Vorschlag vom 19. Juni, der eine auf 18 Monate begrenzte Übergangslösung für die Stadt vorsieht. Außerdem lehnte Gromyko überraschend die Teilnahme an weiteren Geheimbesprechungen ab, sofern nicht auch Vertreter der beiden deutschen Delegationen hinzugezogen werden.

Die Genfer Konferenz war nach dreiwöchiger Unterbrechung von dem amerikanischen Außenminister Herter eröffnet worden. Herter umriß den Stand der Verhandlungen und erhob zwei Forderungen: eine schriftliche Anerkennung der westlichen Rechte in Berlin und sofortige Wiederaufnahme der vertraulichen Verhandlungen. Seine Forderungen wurden von dem britischen Außenminister Lloyd und seinem französischen Kollegen Couve de Murville unterstützt. Der sowjetische Außenminister Gromyko betonte in seiner Antwort, daß die Sowjetunion keine einseitigen Maßnahmen gegen Westberlin ergreifen werde, falls in der von der Sowjetunion vorgeschlagenen 18-Monate-Frist keine Lösung der deutschen Frage gefunden werden sollte.

### Gromykos alte Vorschläge

In einer etwa dreiviertelstündigen Rede wiederholte Gromyko die alten Vorschläge für eine Lösung der Berlin-Frage: 1. Beschränkung der westlichen Streitkräfte in Westberlin auf eine symbolische Stärke; 2. Einstellung der „Untergrund- und Propagandatätigkeit“; 3. Verzicht auf die Stationierung von Atom- und Raketenwaffen in Westberlin; 4. Bildung eines Ausschusses der vier Großmächte zur Überwachung dieser

Bestimmungen; 5. Bildung eines Gesamtdeutschen Ausschusses, der Fragen im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung und einem deutschen Friedensvertrag diskutieren soll. Diesem Ausschuß soll eine Beratungsfrist von 18 Monaten gesetzt werden, nach deren Ablauf neue Viermächteverhandlungen aufgenommen werden sollen, falls die Beratungen zu keiner Einigung führen.

### Um die Präsidentenwahl

Gromyko richtete in seiner Rede scharfe Angriffe gegen die Bundesrepublik. Die Wahl des Bundespräsidenten in Westberlin zeige, daß Westberlin „ein Werkzeug des kalten Krieges sei“. Der amerikanische Außenminister entgegnete sofort auf diese Vorwürfe und verteidigte die Präsidentenwahl in Berlin. Die Westmächte wären zwar in der Lage gewesen, die Wahl des Bundespräsidenten in Berlin zu verhindern, hätten dies aber nicht getan, weil sie der Meinung seien, daß diesem Ereignis nicht der Charakter einer Provokation zukomme. Bei der Wahl von Bundespräsident Heuss im Jahre 1954 in Berlin habe die Sowjetunion nicht protestiert. Auch der Leiter der deutschen Berater-Delegation, Professor Grewe, wies den Vorwurf der Provokation zurück.

Die Forderung Gromykos nach Teilnahme der beiden deutschen Delegationen an den Geheimgesprächen hat einen neuen Verfahrensstreit ausgelöst. Gromyko begründete seinen neuen Schachzug mit dem Hinweis, daß die bisherige Regelung „ungerecht“ gewesen sei und daß diese ungerechte Situation nicht verlängert werden solle. In westlichen Konferenzkreisen ist man der Meinung, daß Gromyko zu Beginn der zweiten Phase zunächst die gleichen Verfahrensschwierigkeiten bereiten wolle wie zu Beginn der ersten, daß er sich aber nach Ausnutzung sämtlicher Propagandamöglichkeiten doch mit einer Fortsetzung der bisherigen Praxis abfinden werde.

### Berlin-Memoranden

Der Westberliner Senat hat der Delegation der Bundesrepublik in Genf zwei Memoranden übersandt mit der Bitte, sie an die Westmächte weiterzuleiten. Die Dokumente, deren Inhalt noch geheim ist, werden nach Mitteilungen aus Delegationskreisen zur Zeit geprüft.

In Kreisen der deutschen Delegation wurde dazu am Montag betont, daß es nur eine Außenpolitik der Bundesrepublik in Genf geben könne. Diese Politik müsse vom Außenminister innerhalb der Richtlinien des Bundeskanzlers bestimmt werden. Daher würden auch die Berliner Memoranden, falls sie den Westmächten übergeben werden sollten, nicht als Dokumente des Berliner Senats, sondern als Dokumente der westdeutschen Delegation verwandt werden, und zwar in der Form, in der es die Leitung der Delegation für richtig halte.



## Das neue Gespräch

K. W. B. Nun sprechen wir wieder mit den Sowjets. Genf, zweiter Teil, beginnt. Bis auf wenige Ausnahmen sind es die nämlichen Gesprächspartner, die sich in der heißen Stadt am See zusammenfinden. So war es nur eine dreiwöchige Pause, die Frankreichs Außenminister für seine Staatsreise nach Italien und Madagaskar brauchte? Waren es nur drei Wochen, um Luft aus dem Überdruß zu schöpfen, den die sowjetische Intransigenz geschaffen hatte? Oder kommt man nun mit Hoffnungen in den Genfer Völkerbund-Palast zurück?

★

Als die Genfer sechste Woche im letzten Ultimatum Gromykos Mitte Juni erstickte, schien Aussicht, daß die westlichen Regierungschefs sich zu einer energischen Demonstration ihres gemeinsamen Willens für die Freiheit Berlins und Europas zusammenfinden könnten. Ein Gipfeltreffen des Westens erschien am Horizont als zweckdienliche Voraussetzung für jenes Gipfeltreffen, das Chruschtschow beherrschen möchte. Es ist nicht dazu gekommen. Die es gewünscht hatten, ließen sich von ihren Partnern belehren, daß die Einigkeit unter den westlichen Mächten bei der täglichen Genfer Arbeit offenkundig sei und daß sie also den Aufwand einer Überprüfung durch die Regierungschefs nicht lohne. Auch die Anregung aus Belgien und Italien, den NATO-Rat zu einer außerordentlichen Tagung der Solidarität einzuberufen, wurde von Amerika und England nicht honoriert. Sie hatten recht, wenn sie politische Demonstrationen als lästig empfanden. Aber sie übersahen wieder einmal — und das in einer sehr bedeutenden Phase der ost-westlichen Auseinandersetzung —, wie man den Sowjets das Recht auf seine politischen Forderungen offerieren muß. Da der Konferenzsaal von Genf am 20. Juni sich der Unmöglichkeit wegen geschlossen hatte, neuen ultimativen Forderungen Moskaus nachzugeben, hätte eine große politische Verwarnung durch die höchsten Machtpotenzen des Westens in dieser

Zwischenzeit eine neue, kräftigere Plattform für den Westen von unvergleichlich nachhaltigem Ernst ergeben.

Der Westen beschränkte sich aber statt dessen auf Beobachtung, wie sich wohl Chruschtschow und die Seinen in dieser Atempause benähmen.

★

Die drei Wochen Konferenz-Unterbrechung sind offensichtlich von den Westmächten als eine Unterbrechung aufgefaßt worden, in der man etwas vage Hoffnungen darauf setzte, die Sowjets zu einer Pause der besseren Besinnung zu bringen. Der Westen, so argumentieren wohl seine besten Vertreter, war es ja, der Gromykos und Chruschtschows Attacken das geschlossene und mit der Drohung des Abbruchs behängte Nein und fraglos auch eine geschlossene Haltung entgegengesetzt hat. Die Sowjets haben indessen freilich zu keiner Stunde zu erkennen gegeben, daß sie sich auf die Pflicht der Besinnung verstünden. Man hat Chruschtschows Stellvertreter Koslow in diesen Wochen bei seinem Amerika-Trip mit viel Erwartung und mancher Spannung beobachtet. Wenn er wirklich Chruschtschows Stimme zu den Überlegungen von Genf gewesen ist — und wie anders sollte es beim Günstling des Herrn vom Kreml sein —, dann bleiben eher andere Eindrücke. So dicht die vereinigten Westmächte mit Moskau in Genf zusammengesessen haben, so wenig beeindruckt den Kreml offenbar das Gefühl, daß der Westen wirklich entschlossen sei, die Position seiner Freiheit mit allen Mitteln zu erhalten und zu erkämpfen.

★

Nun braucht der Eindruck, den die Sowjets haben mögen und nach außen hin um so betonter erwecken, wahrlich nicht der Situation zu entsprechen. Demokratien reagieren anders als Diktaturen. Und besonders dort, wo es um die legitimen Bemühungen der Demokratien geht: um das Verhandeln. Im jetzt beginnenden Abschnitt der Besprechungen, von denen gewiß niemand mehr als eine Plattform für neue, spätere und weitgehendere Verhandlungen erwartet, freilich werden die Westmächte auch in der Ver-

handlungsmethode mit noch härterem Konzept aufzuwarten haben. Einfach an dem sterilen Punkt vom 20. Juni fortzufahren, ist natürlich eine theoretische Möglichkeit, die Konferenz zu einer Dauereinrichtung zu machen. Wenn es aber schon nicht möglich sein sollte, die ganze Konferenz mit einer kräftigen Anstrengung auf die Behandlung des ganzen Problems, eben der Deutschland-Frage, zurückzuziehen, so müßte es den westlichen Partnern mindestens gelingen, die sowjetischen Gegner an eine neu einzurichtende Viermächtekommission zu binden, an eine Art permanenter Konferenz, die der Deutschland-Frage mit allen politischen Konsequenzen zu Leibe rückt.

★

Erreicht wird in Genf freilich nur etwas werden, wenn es gelingt, den Sowjets die Überzeugung zu vermitteln — die sie jetzt eben noch nicht haben —, daß nicht die Engländer dies, die Amerikaner jenes und die Franzosen etwas anderes mit ihren Projekten und Kompromissen meinen, sondern daß sie, mit welchen Worten auch immer, Deutschland und Berlin als ihre Sache, als die gemeinsame Sache der Freiheit, mit allen, auch den drastischsten Forderungen betreiben.

Man muß mit den Sowjets verhandeln. Aber Verhandlungen mit ihnen sind Verhandlungen mit einer Macht, die den Verhandelnden immer als Feind zu Bekämpfenden wertet. Die westlichen Verhandlungspartner aber sind die, die Ansprüche haben. Sie sind die Ankläger. Sie haben das Recht, von den Sowjets widerrechtlich okkupiertes und in Macht gehaltenes Gebiet zu fordern. Das Verlangen nach Deutschland-Verhandlungen muß vom Westen als ein politisches Programm zur Wiederherstellung des Rechtes mit aller Unerbittlichkeit gestellt werden. Die Fortsetzung von Genf könnte mindestens einen Hauch dieses Geistes bringen, wenn die Westmächte die Konferenz aus dem Palaver über Ultimaten oder nicht herausrissen und Moskau dazu zwängen, mit einer Viermächtekommission einen ersten Schritt in die Bewältigung der deutschen Frage zu gehen.



# Was geschah in Genf?

## Der bisherige Verlauf der Außenminister-Konferenz

**DT. Berlin (Eigenbericht).** Der Genfer Völkerbund-Palast belebt sich wieder. Am Montag traten die Außenminister der vier Großmächte und die deutschen Beraterdelegationen nach einer 23tägigen Konferenzpause erneut zusammen. Die Pause sollte den Verhandlungspartnern Gelegenheit geben, ihre Positionen nochmals zu überdenken. Dazu gehört vor allem eine Art Bestandaufnahme der ersten Konferenzphase. Über welche Themen wurde vom 11. Mai bis 20. Juni in Genf gesprochen und was wurde erreicht?

Moskau war mit dem Friedensvertragsentwurf vom Januar 1959 und dem Vorschlag vom 27. November 1959, Berlin in eine sogenannte Freie Stadt umzuwandeln, zur Außenministerkonferenz gekommen. Gromyko hat während der sechswöchigen Konferenzen, von Chruschtschow aus der Ferne dirigiert und gelegentlich durch starke Worte unterstützt, starr an den sowjetischen Grundthesen für Deutschland und Berlin festgehalten.

### Das „Vorschlags-Paket“

Demgegenüber hat der Westen eine große Beweglichkeit und Kompromissbereitschaft gezeigt, die gegen Ende der ersten Konferenzphase bis an die Grenze des Tragbaren ging. Die Westmächte waren mit einem „Vorschlagspaket“ nach Genf gekommen, das in mehreren Vorkonferenzen ebenso mühsam wie kunstvoll zusammengestellt und verschürnt worden war. Es sah ein Vierstufenplan für die Wiedervereinigung Deutschlands vor.

1. In der ersten Phase sollte Berlin durch freie Wahlen wiedervereinigt werden.

2. Anschließend sollte ein gesamtdeutscher Ausschuß, bestehend aus 25 Vertretern der Bundesrepublik und 10 der Sowjetzone, ein Wahlgesetz für Deutschland ausarbeiten.

3. Als nächster Schritt waren Wahlen für eine gesamtdeutsche Nationalversammlung vorgesehen.

4. Der letzten Phase wäre der Abschluß eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland vorbehalten gewesen.

### Isolierte Berlin-Lösung

Dieser „Paket“-Plan wurde von den Westmächten bald wieder vom Tisch genommen,

da infolge der sowjetischen Haltung an eine kombinierte Lösung der europäischen Probleme einschließlich der deutschen Wiedervereinigung und der Sicherheitsfrage nicht zu denken war. Hauptthema der Konferenz wurde Berlin, das ursprünglich in dem westlichen „Paket“-Vorschlag mit den anderen Fragen einer politischen und militärischen Neuordnung Europas fest verbunden war. Die These von der Unauflösbarkeit des westlichen „Paketes“ wurde nicht mehr vertreten. Der Westen war zu einer isolierten Berlin-Lösung bereit.

Dies war die erste große Konzession an den sowjetischen Verhandlungspartner, die von diesem in keiner Weise honoriert wurde. Am 26. Mai, einen Tag vor dem Ablauf des sowjetischen Berlin-Ultimatums, legte der amerikanische Außenminister Herter in Genf einen Berlin-Plan vor, der zum erstenmal eine isolierte Lösung für die Stadt vorsah. Im übrigen entsprach der Siebenpunkteplan jedoch dem Punkt eins des westlichen Friedensplanes. Berlin sollte durch freie Wahlen wiedervereinigt werden. Der Nachteil einer derartigen isolierten Lösung hätte darin bestanden, daß Deutschland im Falle einer sowjetischen Zustimmung dreigeteilt worden wäre. Die Sowjetunion lehnte den westlichen Vorschlag jedoch ab und richtete an die Westmächte ein neues Berlin-Ultimatum.

Dieses zweite sowjetische Ultimatum sah eine einjährige Übergangslösung für Berlin vor. Während dieser Zeit würde die Sowjetunion einzelne Besatzungsrechte der Westmächte respektieren, den Status von Berlin aber schon erheblich zu ihren Gunsten verändern. Bei-

spielsweise sollten die westlichen Truppen auf die „symbolische Stärke“ von „einem Zug Infanterie“ verringert werden. Außerdem sollte die Propaganda gegen die Sowjetzone und andere sozialistische Länder eingestellt werden. Gleichzeitig wäre ein gesamtdeutsches, paritätisch aus Vertretern der Bundesrepublik und der Zone zusammengesetztes Gremium zu bilden, um die Grundzüge eines deutschen Friedensvertrages zu erörtern.

### Das Ultimatum

Die Westmächte bezeichneten diesen Plan jedoch als nicht diskutabel und beharrten auch dann auf seiner Ablehnung, als Moskau die Übergangszeit für Berlin auf 18 Monate ausweiten wollte. Andererseits kamen die Westmächte nun den Sowjets mit einem Gegenvorschlag sehr weit entgegen. In dem Plan, der in einer Serie von Geheimbesprechungen mit Gromyko erörtert wurde, forderte der Westen ausdrücklich die Anerkennung seines unbeschränkten Zugangsrechtes nach Berlin, erklärte sich dafür aber bereit, eine Kontrolle der Zugangswege durch die „Sowjetzonen-Behörden“ als Beauftragte der Sowjets in Kauf zu nehmen. Weiter sicherte er zu, seine Truppen in Berlin nicht über die gegenwärtige Stärke von 11 000 Mann zu vermehren, sie im Gegenteil gegebenenfalls zu vermindern und keine Atomwaffen in Berlin zu lagern. Schließlich schlug er vor, daß beide Seiten sich zu einer Beschränkung ihrer Propaganda bereit finden und daß eine Viermächte-Kommission unter möglicher Teilnahme von Vertretern beider Teile Deutschlands Meinungsverschiedenheiten beheben solle, die sich aus der Benutzung der Zugangswege nach Berlin ergeben könnten. Als der sowjetische Außenminister Gromyko auch diesen Berlin-Plan der Westmächte ablehnte, beschlossen die westlichen Außenminister, eine Vertagung der Konferenz auf den 13. Juli durchzusetzen.



# Für Viermächte-Kommission

Neuer Plan für Genf — Lage in Berlin soll „eingefroren“ werden

Washington (ap/upi/dpa). In Washington, London und Paris wird nach Informationen aus westlichen Kreisen ein Plan vorbereitet, der eine Zwischenlösung in der Berlin-Frage vorsieht und dessen Annahme durch die Sowjetunion zu einer Gipfelkonferenz im Herbst dieses Jahres führen könnte. Nach Darstellung unterrichteter Kreise ist an die Bildung einer aus Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den USA bestehenden Viermächte-Kommission gedacht, in der auch die beiden Teile Deutschlands in Form eines Unterausschusses vertreten sein könnten. Die Kommission hätte die Aufgabe, die Möglichkeiten für eine Wiedervereinigung Deutschlands und für die Errichtung eines Sicherheitssystems in Mitteleuropa zu prüfen.

Der aus Vertretern der Bundesrepublik und der Sowjetzone gebildete Unterausschuß, in dem beide Seiten zahlenmäßig gleich stark vertreten sein sollen, würde nach dem westlichen Plan keinerlei Befugnisse erhalten und der Viermächte-Kommission gegenüber lediglich eine unterrichtende Funktion besitzen. Die Viermächte-Kommission würde für die Lösung ihrer Aufgaben einige Jahre Zeit haben. Am Ende der Frist sollen die Außenminister der Großmächte erneut zusammentreten. Bis dahin soll nach den Vorstellungen der Westmächte die Lage in Berlin und Mitteleuropa „eingefroren“ werden, das heißt, West und Ost würden sich verpflichten, keine Änderungen einzuleiten.

Die Sowjetunion soll Großbritannien unter der Hand versichern haben, daß sie bereit sei, die gegenwärtige Lage in Berlin mindestens bis Anfang 1961 unverändert zu lassen. Dies wurde in London vertraulich berichtet. Auf diese Weise könnten die Alliierten, ohne daß ihre Besatzungsrechte irgendwie eingeschränkt wären, ein langfristiges neues Abkommen über Berlin mit dem Kreml aushandeln.

Die Führer-Gremien der SPD forderten, daß die Verhandlungen „entberlinisiert“ und erneut die Frage des Auseinanderrückens der Militärböcke in Europa erörtert werden müßten. Demgegenüber vertrat die CDU in ihrem

Pressedienst die Ansicht, daß bei aller Verhandlungsbereitschaft kein Preis zugestanden werden dürfe, der auf Kosten der Freiheit Westberlins gehe.

## Schütz fordert Aktivität

Der Vorsitzende des Kuratoriums „Unteilbares Deutsch-

land“, Schütz, hat die deutsche Öffentlichkeit nachdrücklich vor Resignation und Untätigkeit in der Wiedervereinigungspolitik gewarnt, da sonst die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik insbesondere in Asien und Amerika in Frage gestellt werden könnte. Schütz betonte, die Gefahr sei unverkennbar, daß die Unterstützung der deutschen Wiedervereinigungspolitik und Berlins durch die amerikanischen Öffentlichkeit erlahme. Das Kuratorium appelliert auch an die Außenminister der vier Großmächte, die Verhandlungen über Deutschland so lange fortzusetzen, bis eine Lösung erzielt sei.

# Pankow sabotiert Westberlin

Eine Denkschrift des Senats über östliche Untergrundarbeit

Berlin (dpa). Die Berliner Senatsverwaltung für Inneres hat eine Denkschrift über östliche Untergrundarbeit gegen Westberlin veröffentlicht. Sie wurde auch den westlichen Delegationen der Genfer Außenministerkonferenz zugeleitet. Der Inhalt der Denkschrift war während des ersten Teils der Genfer Konferenz bekanntgegeben worden. Sie enthält auf 109 Seiten genaue Angaben über die Gliederung, den Aufbau und die Tätigkeitsbereiche kommunistischer Agenten- und Subversionsorgane.

Im ersten Teil schildert der Bericht die Tätigkeit staatlicher Stellen mit geheimdienstlichen Aufgaben, wie das Ministerium für Staatssicherheit, die Aufklärungsabteilung der sowjetzonalen Grenzpolizei, die sowjetischen Nachrichtendienste und die Nachrichtendienste der übrigen Ostblockländer in Ostberlin. Ein besonderes Kapitel gilt dem Menschenraub. Der Bericht zählt 13 vollendete, 31 geplante und vereitelte sowie 21 Verdachtsfälle von Menschenraub durch den Osten auf.

In einem anderen Kapitel wird aufgeführt, daß von 1951

bis 1958 in Westberlin 501 Personen wegen Landesverrats, landesverräterischer Beziehungen, Verstößen gegen das Freiheitsschutzgesetz und anderer einschlägiger Delikte rechtskräftig verurteilt wurden. In 133 Fällen haben Angehörige des öffentlichen Dienstes in Westberlin ihren Dienstvorsetzten über Versuche östlicher Organisationen berichtet, landesverräterische Beziehungen herzustellen.

Der zweite Teil des Berichtes beschäftigt sich mit der Infiltrations-tätigkeit gegen Westberlin. Die östlichen Stellen benutzen nach dem Bericht den Austausch von Delegationen, gesamtdeutsche Veranstaltungen, Briefaktionen und die Unterwanderung legaler Organisationen, um ihre Ziele zu erreichen. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die Tarnorganisationen und das Agitationsmaterial. Die Richtlinien für die kommunistische Infiltrations-tätigkeit werden vom Politbüro der SED ausgegeben.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.



# Im 80er-Tempo marschieren . . .

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

**B. Berlin** (Eigenbericht). Die Bevölkerung Mitteldeutschlands muß nach dem Grundsatz leben: Keine Minute nachdenken, immer im Einsatz für Partei und Staat, ständige Leistungssteigerungen und freiwillige Einsätze. Die Parteidmühle mahlt tagein, tage aus zum Verdruß und zum Überdruß der Menschen zwischen Elbe und Oder. Aber wer nicht mitmacht, ist verdächtig oder wird angestachelt. Besonders für die Vorbereitungen zum 10. Jahrestag der Zone läuft der Propagandaapparat auf Hochtouren.

### POTSDAM

**80er-Schritt als Tagesförderung.** Fast täglich werden neue Lösungen in den Betrieben ausgegeben. Da zum Jahrestag der Zonenrepublik der Jahresplan zu 80 Prozent erfüllt sein muß, führte die SED den 80er-Schritt ein. Einige Betriebe haben sich unmittelbar danach verpflichtet, im 90er-Tempo zu marschieren.

### ROSTOCK

**Hetze während der Ostseewoche.** Die Rostocker „Ostseezeitung“ verwies die Gäste aus den Ostseeländern auf die „Revanchisten und Militaristen in Bonn“. Wörtlich konnte man in den Tageszeitungen lesen: „Man will Todeszone.“ — „Aufschmerrende Enthüllungen über westdeutsche Atomkriegsvorbereitungen.“ — „Seuchen und Standgerichte.“ Metallarbeiter Björk aus Schweden wird als Avantgardist des Kampfes um die Anerkennung der Zone zitiert: „Wenn wir zurückkehren, werden wir eine Deputation zur Regierung schicken, um mit Nachdruck die diplomatische Anerkennung der DDR zu fordern.“

**Impulszähler GM-P 15.** Ein Erfinderkollektiv berichtet zu Ehren der Rostocker Ostseewoche: „Oft hören wir, daß die Welt durch atomare und nukleare Versuche der westlichen Imperialisten radioaktiv verseucht wird. Deshalb haben wir ein Gerät entwickelt. Im Impulszähler des Gerätes befindet sich eine Hochspannungsquelle, die

der Versorgung des Zählrohrs dient. Durch dieses Gerät kann man alle Strahlen, auch schwach radioaktive Präparate, nachweisen.

**„Lied von der Ostsee.“** Ein chinesischer Professor für neuere chinesische Literatur an der Nanking-Universität hat als Gastprofessor in Leipzig auch gedichtet. Er schrieb:

Beethovens, Goethes Grund,  
darauf ich steh,  
Ein wenig östlich Puschkins  
Heimatland.

Du naher West, Andersens  
Märchenwelt,  
Mir gegenüber Strindbergs  
Heimatstrand.

Wer wagt es, neuen Sturm zu  
säen?

Faschist und USA-Pirat!  
Mit meiner Feder klag ich an,  
Mit meinem Lied ruf ich zur  
Tat.

**Schiller und Petrochemie . . .**  
Die „Ostseezeitung“ Rostock

schreibt zu einer „gigantischen“ Eröffnung: „Ballett und Volkstanz, Agit, Prop und Händel, Song und lyrisches Lied, Schiller und Petrochemie — dieses Nebeneinander von scheinbar Unvereinbarem ist durchaus gesetzmäßig, weil es unserem Leben entspricht. Nicht zufällig steht der Massentanz am Ende des Programms, er beleuchtet das große Finale, die Zukunft,

### MAGDEBURG

**In fünf Monaten erst 653 Wohnungen.** Auf dem Bezirkstag der Stadt gab es herbe Kritik. Das Wohnungsbauprogramm, das ländliche Bauwesen und die Planerfüllung seien unzureichend. „Die Hälfte der Lebensmittelbetriebe“, so steht in der „Magdeburger Volksstimme“, „erfüllten ihren Plan nicht“. Magdeburg liegt im Wettbewerb um die Planerfüllung an elfter Stelle.

## Liebesgaben unerwünscht

### „Iswestija“: Provozierende Behelligung durch DRK

**Moskau/Bonn** (ap/dpa). Das sowjetische Regierungsorgan „Iswestija“ veröffentlichte einen Brief von 50 deutschstämmigen Angehörigen einer Kolchose in Kasachstan, in dem diese das Deutsche Rote Kreuz auffordern, keine Liebesgaben-Pakete mehr zu schicken. In dem offenen Brief heißt es: „Unsere Bauern brauchen diese Pakete nicht. Wir stellen mit großem Bedauern fest, daß das westdeutsche Rote Kreuz ein Organ der Erregung und der Verschlechterung der politischen Atmosphäre unter der Führung des Leiters des kalten Krieges geworden ist. Es handelt sich um die provozierende Behelligung durch Pakete von seiten des westdeutschen Roten Kreuzes unter dem Vorwand der Hilfe . . . Wäre es nicht besser, diese Pakete den Hunderttausenden westdeutscher Arbeitsloser zu schicken, die an Hunger, Not und Entbehrungen leiden?“

Ein Sprecher des Deutschen Roten Kreuzes in Bonn nannte die sowjetischen Proteste und Beschuldigungen unverständlich, denn Schriftwechsel und Paketverkehr dienten dazu, den Kontakt zwischen den vielen Familien, von denen Teile in der Sowjetunion und Teile in der Bundesrepublik leben, aufrechtzuerhalten. Das Deutsche Rote Kreuz berate lediglich die Familien bei der Auswahl des Paketinhalts. Entgegen den sowjetischen Behauptungen würden nur neue Sachen eingekauft und versandt, die den Bedürfnissen der Deutschen in der Sowjetunion entsprechen. Seit mehreren Jahren seien diese Pakete anstandslos angenommen und ausgeliefert, ja sogar durch ein besonderes Verzollungssystem von der Sowjetunion und vom Sowjetischen Roten Kreuz begünstigt worden.



# Atomstop-Kontrolle durch Erdsatelliten

Vollständige Überwachung der Erde möglich — Wissenschaftler berichten

Genf (ap/upi). Die Sachverständigen der drei Großmächte haben sich nach dreiwöchigen Beratungen über die Möglichkeiten zur Feststellung von Kernwaffenversuchen in großen Höhen geeinigt. Sie empfehlen der Genfer Atomkonferenz, die Einhaltung eines Verbots von Kernversuchen im Weltraum rings um die Erde sowie rund um den Mond und die Sonne durch ein System von Erdsatelliten zu überwachen. Ein entsprechender Bericht wurde am Freitag der Genfer Atomkonferenz unterbreitet.

In dem Bericht, der zehn Seiten umfaßt, erklären die Wissenschaftler, es sei technisch möglich, Kernexplosionen auf Grund verschiedener Strahlenercheinungen aus einer Entfernung von etwa 300 000 km festzustellen. Die Kontrollsatelliten müßten in Entfernungen zwischen 500 und 30 000 km von der Erde in Umlauf gebracht und mit den modernsten Geräten zur Entdeckung von Kernexplosionen ausgerüstet werden. Ihre Aufgabe würde darin bestehen, „einer angemessenen Zahl von Kontrollstellen“ Signale zu übermitteln, während die Kontrollstellen selbst Apparate besitzen müßten, um möglichst schnell und zuverlässig diese Signale analysieren zu können.

In den geplanten Kontrollstationen auf der Erde sollen außerdem optische Meßgeräte eingebaut werden, die am Tage eine Explosion in Stärke von einer Kilo-Tonne aus einer Entfernung von etwa 100 000 km und in der Nacht aus einer Entfernung von 300 000 km feststellen können. In ihrem Bericht empfehlen die Experten im einzelnen:

1. Ein System von fünf bis sechs Erdsatelliten, die in Höhen über 30 000 km in Umlauf gebracht werden.

2. Ein System von sechs bis zehn Satelliten, die in Höhen zwischen 500 und 700 km auf eine fast kreisförmige Bahn um die Erde gebracht werden. Damit würde eine vollständige Überwachung des Weltraums rund um die Erde mit Ausnahme von wenigen Gebieten unterhalb von 2000 km sichergestellt werden.

3. Einen Satelliten mit elliptischer Bahn um die Erde, um das Gebiet des irdischen Magnetfeldes zu überwachen.

4. Vier Satelliten zur Überwachung des Gebietes hinter dem Mond und hinter der Sonne. Diese Erdtrabantensatelliten sollen gestartet werden, sobald die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen sind.

Der Bericht der Experten wurde auf der 109. Sitzung der Atomkonferenz in Genf vorgelegt. Den Vorsitz hatte der

sowjetische Chefdelegierte Zaprakkin. Der Konferenz wohnte auch UNO-Generalsekretär Hammarskjöld bei, der die Gelegenheit benutzte, um die „hartnäckige Geduld und den guten Willen“ aller Konferenzteilnehmer zu loben.

## Atomtest unter Tage

Die amerikanische Atomenergiekommission gab bekannt, daß die USA für Ende des Sommers eine Reihe von Kernexplosionen in einem Salzbergwerk planen. Diese Versuche sollen dazu dienen, die Möglichkeiten der Entdeckung unterirdischer Kernexplosionen zu erproben.

## Koslows USA-Besuch erfolglos

Einladung Chruschtschows nicht erwogen

New York (ap/upi). Der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Koslow hat sich in New York mit der Erklärung verabschiedet, daß das amerikanische Volk nach seiner Erfahrung ebenso für den „ewigen Frieden zwischen beiden Ländern“ kämpfe wie das sowjetische. Koslow hatte den USA einen 14tägigen Besuch abgestattet, den Vizepräsident Nixon Ende des Monats erwidert. Eine Einladung an den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow wird nach Mitteilung des amerikanischen Außenministeriums zur Zeit nicht ernstlich erwogen.

Nach Ansicht amerikanischer Politiker und Kommentatoren hat Koslows Besuch beide Seiten enttäuscht. Koslow sei weder zu ernsthaften politischen Gesprächen über konkrete Fragen autorisiert gewesen noch sei es ihm während seiner Rundreise gelungen, Kontakt mit der amerikanischen Bevölkerung zu gewinnen. Als „ideologischer Treppenwitz“ wurde in Washington registriert, daß der führende Funktionär des Arbeiter- und Bauernstaates mit amerikanischen Geschäftsleuten gut auskam, obwohl er ihnen den Sieg des

Kommunismus mit allem Nachdruck prophezeite, während er bei den amerikanischen Arbeitern keinen Anklang fand.

## Adenauer sprach McCloy

W. Bonn (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Adenauer empfing den ehemaligen amerikanischen Oberkommissar John McCloy, der sich zur Zeit mit seiner Familie auf Deutschland-Reise befindet. Der Kanzler hatte mit seinem Gast eine einstündige Unterredung unter vier Augen.

Aus den kurzen Bemerkungen, die McCloy nach der Begegnung mit dem Kanzler gegenüber Journalisten machte, schlossen politische Kreise in Bonn, daß eines der wichtigsten Gesprächsthemen die Frage des deutsch-englischen Verhältnisses war, das in den vergangenen Monaten durch gewisse Meinungsverschiedenheiten belastet worden ist. Dem Vernehmen nach hat McCloy den Wunsch Präsident Eisenhowers übermittelt, daß diese Meinungsverschiedenheiten im Interesse der Geschlossenheit des westlichen Bündnisses möglichst schnell überwunden werden sollten.



# Trier erwartet drei Millionen Pilger

Für zwei Monate wird der Heilige Rock gezeigt

Trier (upi). Bundeskanzler Konrad Adenauer wird zum Auftakt des bedeutendsten katholischen Ereignisses in diesem Jahr, der Ausstellung des Heiligen Rockes Christi in Trier, erwartet. Die Stadt hofft, ihn unter den Ehrengästen im Trierer Dom zu sehen, wenn am 19. Juli der Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Frings den Heiligen Rock feierlich enthüllt. Diese Eröffnungsfeier ist zugleich das Signal für rund drei Millionen Pilger, die bis zum 20. September aus allen Teilen der Welt zu der Reliquie strömen werden.

Die in einem dreifach verschlossenen und zweifach versiegelten Schrein in der Domschatzkammer aufbewahrte „sancta tunica Christi“, das ungenähte Gewand des Heilands, wird erst zum zweitenmal in diesem Jahrhundert ausgestellt. Es wurde bei seiner letzten Ausstellung im Jahre 1933 von etwa 2,2 Millionen Pilgern besucht. Nach einer alten Trierer Überlieferung soll die Mutter des römischen Kaisers Konstantin, die heilige Helena, im Jahre 328 den Leibrock Christi aus Jerusalem nach Trier gebracht und dem Bischof für seine Kirche geschenkt haben.

## Streit über Echtheit

Während aber der Streit der Gelehrten und Wissenschaftler um die Echtheit des Gewandes bis heute nicht entschieden ist, haben die Stadtväter der alten Bischofsstadt ganz andere Sorgen. Das größte Problem bildet der Verkehr in den engen Straßen der Stadt. Amerikanische Pioniere haben stählerne Brücken über die Hauptverkehrsstraßen geschlagen, über die die Pilgerprozessionen ziehen werden. Bauarbeiter haben alte Häuser und Mauern niedergedrückt, um neue Straßendurchbrüche und Parkplätze zu schaffen.

Über 1000 Sonderzüge aus dem In- und Ausland werden in Trier während der neunwöchigen Wallfahrt erwartet. Nach den Erfahrungen der letzten Ausstellung des Heiligen Rockes glaubt die Polizei, daß sich täglich mindestens 500 Autobusse und 5000 Personenwagen durch die verstopften Straßen winden werden.

## Kirchenführer erwartet

Aber auch an prominenten Pilgern hat die Stadt hohe Zahlen und Namen aufzuweisen.

Allein 50 Kirchenführer — Kardinäle, Erzbischöfe, Bischöfe und Äbte — haben sich zur Wallfahrt angemeldet, darunter sind die Kardinäle Joseph Wendel (München), Julius Döpfner (Berlin), Franz König (Wien) und der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Aloisius Muench.

In der Neujaurnacht 1958 hatte der Trierer Bischof Matthias Wehr zum erstenmal angekündigt, daß der Heilige Rock in diesem Jahr ausgestellt werden sollte, in einem Handschreiben an Bischof Wehr hat Papst Johannes XXIII. die Ausstellung des Rockes als ein glückverheißendes Ereignis bezeichnet, das reiche Früchte der Einheit und des Friedens bringen möge.

Die nächste Station bis zur Ausstellung war die amtliche Öffnung und Besichtigung des Heiligen-Rock-Schreines, die am vergangenen Donnerstag in Anwesenheit des Trierer Domkapitels und der Wallfahrtsleitung vorgenommen wurde. Der Trierer Bischof sprach dabei die Hoffnung aus, daß mit diesem ersten offiziellen Akt der segenvolle Auftakt zu der großen Christuswallfahrt gegeben sei, die die Herzen vieler Menschen bewegen und erneuern solle. Von der Handlung wurde ein amtliches Protokoll angefertigt.

## Erstmals im Jahre 1512

Die Frage nach der historischen Echtheit der Reliquie, die bis heute weder abschließend noch negativ beantwortet werden konnte, ist nach kirchlicher Auffassung keine Glaubensfrage. Bei der Verehrung des Heiligen Rockes wird, so betonten kirchliche Kreise, nur ein Akt des Glaubens an Jesus Christus gefordert. Als äußeres Erinnerungsmal an Leben, Lei-

den und Sterben des Erlösers stelle das Gewand des Herrn für die Kirche jedoch ein verehrungswürdiges Symbol dar.

Mit den Wallfahrten zum Heiligen Rock, der im Jahre 1512 zum erstenmal ausgestellt wurde, gingen für die katholische Kirche jeweils neue Impulse des Glaubens aus. Auch in diesem Jahr werden die Gläubigen nicht nur vor dem Gewand Christi zusammengeführt. Auf einem großen, freien Platz in der Innenstadt wurden ein Altarzeit und Tribünen für rund 13 000 Menschen errichtet. Dort werden Bischöfe aus aller Welt während der Wallfahrtszeit täglich unter freiem Himmel Pontifikalmessen zelebrieren.

## Neues Terrorurteil

Bonn (ap). Das Kuratorium „Unenteilbares Deutschland“ hat scharf gegen die Zuchthausstrafen protestiert, die das Bezirksgericht Kottbus wegen angeblicher Hetze gegen drei 18jährige Oberschüler aus Senftenberg ausgesprochen hat. Sie waren nach mehrtägiger Prozessdauer zu einem bzw. zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil sie in Flugblättern gegen das SED-Regime protestiert haben sollen.

## Funkturm bleibt

Berlin (Eigenmeldung). „Es besteht nicht die geringste Veranlassung, den Funkturm abzureißen.“ Mit diesen Worten dementierte der Intendant des SFB, Geerdes, Meldungen, daß der weltbekannte Funkturm auf dem Messegelände dem geplanten Neubau eines 250 Meter hohen Fernsehturms weichen müsse. Der neue Turm, dessen Bau Geerdes für unbedingt notwendig hält, soll nach den Plänen des Intendanten auf dem SFB-Gelände am Reichskanzlerplatz errichtet werden.





**BILDER DER WOCHE:** 55 Todesopfer forderte eine Schiffskatastrophe vor der jütländischen Stadt Hadersleben. Rettungsmannschaften suchen auf dem Wrack nach den Opfern. — Unten: Mit einer Parade im „Quartier Napoleon“ beging die französische Garnison in Berlin am 14. Juli den französischen Nationalfeiertag.

